

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 9

Artikel: Das humane und das institutionelle Element im sozialistischen Denken
Autor: Bachmann, Herbert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335117>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das humane und das institutionelle Element im sozialistischen Denken

Von Herbert Bachmann

Seit einem halben Menschenalter ist die langdauernde Massenarbeitslosigkeit das soziale Problem Nr. 1. Unter dem Impuls der Arbeiterschaft hat die Internationale Arbeitsorganisation in den 1930er Jahren als Heilmittel die Verkürzung der Arbeitszeit empfohlen. Das faschistische Italien, der New Deal in den Vereinigten Staaten, die Volksfront in Frankreich haben dieses Rezept angewendet und die gesetzliche Vierzigstundenwoche eingeführt. Wenn die Sowjetunion die Massenarbeitslosigkeit überhaupt nicht gekannt hat, verdankt sie das im wesentlichen auch ihrer kurzen Arbeitszeit von täglich sieben Stunden mit dem Ruhetag bereits nach fünf Arbeitstagen. In Deutschland hat der sozialdemokratische preußische Ministerpräsident Braun wohl in seiner letzten Rede, vor er von der politischen Bühne abgetreten ist, die Sechsenddreißigstundenwoche als die entscheidende Maßnahme gegen die damals auf dem Höhepunkt angelangte Arbeitslosigkeit gefordert.

Doch dann kam Hitler und mit ihm die «Arbeitsbeschaffung», die im Laufe der Jahre die Arbeitslosigkeit in Deutschland mehr und mehr und schließlich ganz aufsaugte. Dieser volle Erfolg war der Verkürzung der Arbeitszeit, soweit sie überhaupt durchgeführt wurde, in den anderen Ländern versagt geblieben. Wie hätte dieser Unterschied keinen Eindruck machen sollen? In der Schweiz hat man sich ihm jedenfalls ganz hingegeben. Dabei haben freilich noch andere Motive mitgewirkt, in verschiedenen Kreisen verschiedene.

Die Haupttriebfeder der Bewegung zum Achtstundentag war ein individual-hygienischer Gedanke gewesen: der einzelne Arbeiter sollte vor Überanstrengung, vor den gesundheitlichen Schäden einer überlangen Arbeitszeit, vor der geistigen Erschöpfung durch die Berufsarbeit geschützt werden. Mit der gesetzlichen Achtundvierzigstundenwoche war diese Forderung verwirklicht. Die Idee einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit — zu dem ganz anderen, gesellschafts-hygienischen Zweck, die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten auf alle Arbeitsfähigen zu verteilen, diese Idee versetzte tatsächlich alle die Menschen in eine Art Ratlosigkeit, die im Beruf, in der Erwerbsarbeit den Zweck des Lebens sehen und die Arbeitsamkeit geradezu mit religiöser Verehrung umgeben. In der Tat hat ja in der Lehre der christlichen Kirchen für die Masse der Menschen die Berufsarbeit den Charakter einer göttlichen Institution; für sie sind die Menschen geboren, auf sie hin werden sie erzogen, in ihr haben sie sich zu bewähren. Sechs Tage Arbeit und am siebten Tage Ruhe ist unmittelbares göttliches Gebot. In der über die ganze Erde hin international festgesetzten Achtundvierzigstundenwoche war es selbst für die Glaubenslosen zu einer zwar weltlichen, aber gleichwohl verehrungswürdigen Institution geworden. Daran zu rühren, erforderte eine besondere Anstrengung, gerade auch für die Arbeiterbewegung, die jahrzehntelang

für den Achtstundentag demonstriert und gekämpft hatte: für sie war er geradezu eine sozialistische Institution.

Das war für sie auch die Arbeitsbeschaffung. In ihr greift ja der Staat als Auftraggeber in die Privatwirtschaft ein, tritt gewissermaßen an die Stelle der versagenden privaten Käufer. Wenn er gar die Arbeiten in eigener Regie durchführt, bewirkt das die Ausdehnung des Staatsbetriebs. Immer aber bedeuten auch alle anderen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung eine Planung und Lenkung der Wirtschaft durch den Staat. Kurz, Arbeitsbeschaffung ist mehr oder weniger Sozialismus und deswegen gefällt sie von vornherein allen sozialistischen Gegnern des Kapitalismus.

Indes ist für die Begründer des Sozialismus, des utopischen wie des wissenschaftlichen, insbesondere auch für Karl Marx, der Sozialismus, die Sozialisierung nicht Selbstzweck, sondern das Mittel, sogar vielleicht nur ein Mittel zum Zweck, der allein das materielle, geistige und seelische Wohl der Menschen ist. Das wird niemand bestreiten, jeder weiß es, aber viele denken nicht immer daran. Daher vernachlässigen sie dieses humane Element zugunsten des institutionellen Elements. Denn wenn Sozialisierung der Wirtschaft sogar das einzige Mittel zum humanen Endzweck wäre, schlosse das gewiß nicht ein, daß sie immer und unter allen Umständen zu diesem Ziel führt. Sozialistische Institutionen können vielmehr auch zu durchaus unhumanen Ergebnissen führen, zu geradezu anti-humanen Zwecken mißbraucht werden. Das braucht nach zwölf Jahren Nationalsozialismus und seiner Arbeitsbeschaffung gewiß nicht weiter ausgeführt zu werden.

Daraus ergibt sich aber dann auch für den gläubigen Sozialisten die Notwendigkeit, alle sozialisierenden Maßnahmen nicht schon ihres Sozialismus wegen zu billigen, sondern in jedem Falle zu prüfen, ob sie zu dem humanen Ziel alles Sozialismus führen und ob sie das in höherem Grade tun als andere, sozialistische oder auch nicht sozialistische. Das gilt auch für die Arbeitsbeschaffung als ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit neben oder an Stelle der Arbeitszeitverkürzung, die keinen eigentlich sozialistischen Charakter trägt. Denn sie ändert nichts am Verhältnis von Privat- und Staatsbetrieb, vermehrt nicht die Intervention des Staates in die Wirtschaft, ändert sie nur, und würde der bestehenden «kapitalistischen» Wirtschaft gestatten, Arbeitslosigkeit zu verhüten. Den sozialistischen Gegner des Kapitalismus mag dies eher gegen die Arbeitszeitverkürzung einnehmen, aber dazu wäre zu sagen, daß wie die Vorliebe für den «Sozialismus», so die Abneigung gegen den «Kapitalismus» nur ein institutionelles Element im Denken des Sozialisten sein kann, das stets dem humanen Element nachgeordnet bleiben muß: das heißt es ist immer zu prüfen, ob nicht unter den gegebenen Umständen eine bestimmte kapitalistische Reform weiter zu dem humanen Ziel des Sozialismus führt als ein bestimmter sozialistischer Schritt.

Als ein Beispiel für das Hintansetzen des humanen hinter das institutionelle Element im sozialistischen Denken mag das nächstliegende dienen: Der Aufsatz von Fritz Gmür «Probleme der Arbeitsbeschaffung» in der «Gewerkschaftlichen Rundschau» für die Schweiz, 36. Jahrgang,

Heft 11, vom November 1944. Seine Ausführungen über die Exportförderung gipfeln (Seite 371/2) in folgenden Sätzen: «Die Gestaltung des Arbeitsmarktes unserer Auslandswirtschaft wird eine Frage des Wiederbeginns der internationalen Handelsbeziehungen und der gegenseitigen Staatsverträge sein, wobei unsere Einfuhraufnahmefähigkeit wesentlich sein dürfte. Hier spielt das agrarpolitische Nachkriegsprogramm mit 300 000 Hektaren offenen Ackerlandes insofern mit, als die Schweiz dadurch von einem viehwirtschaftlichen Überschußgebiet zu einem saisonalen Mangelgebiet wird und Großvieh und Schweine importieren muß. Schlachtvieh und Butter sind die besseren Kompensationsobjekte als die pflanzlichen Produkte, wie Brot- und Futtergetreide. Die geplante landwirtschaftliche Umstellung soll neben der größeren Nahrungsfreiheit des Schweizervolkes, der Selbstversorgung von Haus und Hof, dem vermehrten Bedarf an Arbeitskräften, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zugunsten des industriellen und gewerblichen Inlandmarktes noch durch den Import hochwertiger viehwirtschaftlicher Erzeugnisse den Export fördern.»

Diese Gedanken bedeuten: damit wir nicht nur mehr arbeiten können, sondern geradezu mehr arbeiten müssen, handeln wir gegen die Natur! Boden und Klima machen unser Land zum viehwirtschaftlichen Überschußgebiet, der Getreidebau hat bei uns keine günstigen natürlichen Bedingungen. Gerade deswegen wollen wir den Getreidebau ausdehnen und die Viehwirtschaft einschränken! Dann müssen wir für unseren Getreidebedarf direkt in der Landwirtschaft und indirekt in der Herstellung von Geräten und Maschinen mehr Arbeit aufwenden, und unser Einfuhrbedarf an Nahrungsmitteln, nämlich Schlachtvieh und Butter, wird dann einen höheren Wert haben, und um diesen zu bezahlen, müssen wir mehr exportieren, also erfordert auch unser Fleisch- und Fettbedarf mehr Arbeit. Das ergibt — nebenbei bemerkt — natürlich nicht eine «größere Nahrungsfreiheit des Schweizervolkes», im Gegenteil es wird für einen größeren absoluten Betrag und einen größeren relativen Anteil am Gesamtwert seines Nahrungsbedarfs von der Einfuhr aus dem Ausland abhängig. Daß der Lebensstandard dabei sinken muß, daran wird kein Gedanke verschwendet, das humane Element spielt bei diesen Überlegungen gar keine Rolle. Wenn man dem Ausland gerade das abkaufen will, was man selber unter günstigeren Bedingungen erzeugen könnte (Vieh), und ihm das nicht mehr abnimmt, was es billiger produziert (Getreide), verteuert man sowohl seine pflanzlichen wie seine tierischen Lebensmittel. Damit man die heilige Achtundvierzigstundenwoche ohne Arbeitslosigkeit beibehalten kann, verteuert man den Bedarf und verschlechtert so die Lebenshaltung, wirtschaftet also gegen das vernünftige Ziel alles Wirtschaftens!

Dieser Widerspruch scheint freilich gar nicht bemerkt zu werden. Denn schon wenige Zeilen weit (Seite 372) kann sich der Autor für die Erhöhung des Lebensniveaus der breiten Massen einsetzen. Er führt da aus: «Mindestens drei Viertel der in der Schweiz Erwerbstätigen sind auf die Inlandwirtschaft angewiesen, deren künftige Chancen durch eine bewußte Kaufkraftsteigerung zur Deckung der berechtigten Haushalt-

bedürfnisse der Großzahl der manuellen Arbeiter spürbar verbessert werden könnte. Auf lange Sicht dürfte sich die Mehrung der Kaufkraft der Arbeiter als das Arbeitsbeschaffungsmittel par excellence erweisen.»

Es ist charakteristisch für die Übermacht des institutionellen Elements in diesem Gedankengang, daß er das humane Endziel, die bessere Befriedigung der Bedürfnisse, als Mittel zur Arbeitsbeschaffung empfiehlt, das Verhältnis von Zweck und Mittel zum Zweck also direkt umkehrt. Dies zu beachten ist wichtig, weil die Mehrung der Kaufkraft der Arbeiter als das humane Element ihren vollen Wert auch dann behält, wenn sie sich als ein untaugliches Mittel zur Arbeitsbeschaffung, dem bloß institutionellen Element, erweisen sollte. Und das ist tatsächlich der Fall, aus zweierlei Gründen.

Einmal kann man auf lange Sicht die Kaufkraft der Arbeiter nicht mehren ohne die anderer Schichten um den gleichen Betrag zu mindern. Erhöht man die Löhne, so mindert das die Gewinne oder steigert die Preise. In letzterem Falle bleibt den Käufern der zu den erhöhten Löhnen hergestellten Produkte, im ersteren den Arbeitgebern weniger Kaufkraft für andere Waren. Nur auf kurze Sicht, das heißt vorübergehend kann auf diese Weise in einer bestimmten Konjunkturlage brach liegende Kaufkraft bis zu einem gewissen Grade zur Wirkung gebracht werden, und unter ganz ausnahmsweisen Verhältnissen kann die Kaufkraft durch zusätzlich geschaffene Geldmittel, anschaulich gesprochen durch die Notenpresse, erhöht werden, ohne daß eine inflatorische Preissteigerung die Kaufkraftmehrung zunichte macht.

Daß die bloße Kaufkraftverschiebung von einer Schicht der Bevölkerung zu einer anderen auch die Arbeitsgelegenheit bestenfalls nur verschiebt, aber im ganzen nicht vermehrt, das scheint ohne weiteres einsichtig. Dagegen, meint man, müsse die tatsächliche Vermehrung der Kaufkraft, wenn sie in jenen seltenen Fällen vorübergehend zustande kommt, doch auch eine Vermehrung der gesamten Arbeitsgelegenheit mit sich bringen. Doch trifft auch das nicht zu. Gewiß wird im ganzen ein höherer Wert an Waren nachgefragt. Dieser höhere Wert muß aber nicht in mehr Arbeit begründet sein, er kann auf wertvollerem Naturmaterial beruhen: goldener Schmuck kostet nicht deswegen mehr als Silberschmuck, weil mehr Arbeit auf ihn verwendet ist, rein silbernes Eßbesteck enthält sicher nicht mehr, eher weniger Arbeit als solches aus Stahl oder versilbertes. Möbel von gleicher Größe und Form haben verschieden hohe Preise je nach dem Holz, aus dem sie hergestellt sind, die billigeren furnierten enthalten mehr Arbeit als die teureren massiven. Tierische Nahrungsmittel sind im allgemeinen teurer als gleiche Massen pflanzlicher. Die von Gmür (Seite 371) angeführte Fähigkeit der «geplanten landwirtschaftlichen Umstellung» von der Viehwirtschaft auf den Ackerbau, Arbeit zu schaffen, beruht ja gerade auf dem größeren Arbeitsbedarf des Ackerbaus. Eine teurere Mahlzeit enthält aber regelmäßig einen größeren Teil tierischer Nahrungsmittel als eine billigere. Auf dem Gebiete der Bekleidung dürfte wohl mehr Arbeitern Beschäftigung und Brot geben, wer billige, rasch abgenutzte Sachen aus schlechtem Material trägt, als wer gute und deswegen teurere, länger haltbare Qualitäten

kauft. Man muß sich diese Verhältnisse im einzelnen einmal klar gemacht haben, um den Glauben an die Kaufkraftmehrung der breiten Massen als Mittel zur Arbeitsbeschaffung aufzugeben. Sie behält dennoch ihren Wert als Mittel zur Verbesserung des Lebensstandards, des humanen Endziels, für das gerade die Arbeitsbeschaffung nichts leistet.

Wohl aber die Verkürzung der Arbeitszeit. Sie schlägt wirklich zwei Fliegen mit einem Schlag, sie beseitigt die Arbeitslosigkeit und erhöht die Lebenshaltung. Ein besseres Leben besteht ja nicht nur im Verbrauch von mehr Waren, sondern auch in vermehrter Muße, wenn sie nur richtig verwendet wird. Arbeitszeitverkürzung ist die Lösung, der im Gegensatz zum Nationalsozialismus mit seiner Arbeitsbeschaffung der humane Sozialismus des Westens anhängt. Die englische Arbeiterschaft verlangt für die Zeit nach dem Krieg die Vierzigstundenwoche, in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo die gesetzliche Vierzigstundenwoche auch in der Kriegswirtschaft fortbesteht, fordern Gewerkschaften für die Friedenswirtschaft die Dreißigstundenwoche. Nun für die Schweiz das Tor zum Westen wieder offen ist, darf man erwarten, daß auch ihr sozialpolitisches Denken sich vom nationalsozialistischen Bann der Arbeitsbeschaffung, «koste es, was es wolle», befreie.

Im Nachkriegsprogramm des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das die «Gewerkschaftliche Rundschau» (37. Jahrgang, Heft 1/2, Januar/Februar 1945, Seiten 49 ff.) veröffentlicht, stehen an der Spitze der «Sozialen Reformen auf nationalem Gebiet» (Seite 72) «Maßnahmen zur Sicherung der vollen Verwendung der vorhandenen Arbeitskraft auf der Grundlage der sozialen Sicherheit und der dauernden Vollbeschäftigung». Und nun ist es interessant, zu sehen, an welche Maßnahmen man dabei denkt. In Klammern ist nämlich hinzugefügt: «Herabsetzung der Arbeitszeit, Verlängerung der bezahlten Ferien, Heraufsetzung des Schulentlassungsalters und Herabsetzung des Alters der Pensionierung.» Das ist alles, und alles dies zielt in klassischer gewerkschaftlicher Arbeitsmarktpolitik auf die Verringerung des Angebots an Arbeitskraft. Es ist zweifellos, daß die stete Durchführung dieser Maßnahmen für sich allein geeignet ist, Massenarbeitslosigkeit zu verhüten.

Aber diese Erfolgsgewißheit enthebt noch nicht der Prüfung, ob hier das Denken über das institutionelle Element immer bis zum humanen Ziel durchgedrungen ist. Denn auch Vollbeschäftigung ist kein Wert an sich, sondern nur ein Mittel zum Zweck des Wohls der Menschen. Es zeigt sich, daß die verschiedenen Maßnahmen unter diesem Gesichtspunkt recht verschieden zu beurteilen sind. Die Herabsetzung der Arbeitszeit erreicht ihren vollen humanen Sinn nur dann, wenn die tägliche Arbeitszeit herabgesetzt wird. Die Zusammendrängung der verkürzten Arbeitszeit auf wenige Arbeitstage neben vermehrten freien Tagen tut es nicht.

(Schluß folgt)